

# Volkswacht

für Schlesien  
Verlagsort Breslau

Organ für die werktätige Bevölkerung

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Rebellion Ring 3141.  
Postfach-Adress: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: 10. — Mt. anwärts 12. — Mt. Anzeigen unter 200  
Zeilen, auswärts 30. — Mt., Stellenangebote 5. — Mt., Familienangelegen,  
Eheverträge, Verträge, Verammlungen und Wohnungs-Anzeigen 4. — Mt.  
Kleine Anzeigen pro Wort 0.50 Mt., das zweite Wort 1.00 Mt. Anzeigen für  
die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-  
Expedition Hauptstraße 4/5 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist  
durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/5, durch die  
Buchhandlung der „Volkswacht“, Neus Grapenstraße Nr. 5, durch die  
Zweigstelle, Zigarrengeschäft Rischel, Wallfischstraße 110, sowie durch  
alle Buchläden zu beziehen. Abonnement 37. — Mt., monatlich 100. — Mt.,  
Durch die Post vierteljährlich 480. — Mt., halbjährlich 960. — Mt.,  
jährlich 1920. — Mt., frei Haus.

## Für rasche Regierungsbildung und Neuwahl!

### Das Ausland und die deutsche Regierungstrife.

Wenn man an die Rundgebungen persönlichen Vertrauens in die Lokalität Dr. Wirths zurückdenkt, mit denen er bei Antritt seiner Kanzlerschaft auf Grund seiner Tätigkeit als Finanzminister begrüßt und dann noch etwa bis zur Zeit des Rapallovertrages aber auch noch nach der Ermordung Rathenaus begleitet wurde, so könnten die überaus kühnen Kommentare der Auslandspresse zu seinem Rücktritt überraschen. Wer aber die außenpolitische Wirkung der Wirth'schen Politik der letzten Monate aufmerksam verfolgt hat, die sich die Initiative, wie sie durch den Erfüllungsvorstoß eingeleitet war, durch wachsende Passivität gegenüber der Marktentwertung aus der Hand nehmen ließ, der wird heute mit einer gewissen traurigen Befriedigung feststellen können, daß die wachsende sozialdemokratische Kritik an dieser Politik der letzten Monate die politische Wirkung im Ausland vollkommen richtig eingeschätzt hat. Allgemein erklären jetzt gerade auch die verständigeren politischen Organe des Auslandes, daß angesichts der Schwäche dieses Kabinetts sein Rücktritt kein Unglück sei. Bemerkenswert sind aber vor allem auch die wenigen bisher vorliegenden Pariser und Londoner Stimmen zur bevorstehenden Neubildung der deutschen Reichsregierung. Der deutschfeindliche Pariser „Figaro“ ist es, der einen Ruf nach rechts erwartet — selbstverständlich, um dann um so bequemer Deutschland als den Herd des Imperialismus und Nationalismus denunzieren zu können. Wenn auch die Londoner „Times“ gerabegut den Eintritt der Volkspartei zu wünschen scheinen, so darf man nicht vergessen, daß dieses früher angesehenste Organ Englands von den heutigen vier englischen Parteien die am weitesten rechtsstehende vertritt und innerhalb dieser Partei der jetzt regierenden Unionisten zwar nicht den radikalsten aber den deutschfeindlichsten und francojensfreundlichsten Flügel. Wenn unsere rechtsstehende Presse den Erwartungen des „Figaro“ und den Ratschlägen gerade der „Times“ nachzukommen empfiehlt, so ist das mehr als bedenklich. Die übrige englische Presse hat wegen der gestern stattgefundenen Unterhauswahlen begreiflicherweise noch keinen Platz für eine ausführliche Stellungnahme zu den deutschen Ereignissen.

Die bürgerliche deutsche Presse ist nur zu einem kleinen Teil so ehrlich zuzugeben, daß Dr. Wirth sich mit seiner Festlegung auf die große Koalition selbst zu Fall gebracht hat. Sie möchte gern die Sozialdemokratie als Stütze der Regierung hinstellen, obgleich unsere Partei doch gerade an der bisherigen Regierungskoalition festhielt und sich gerade gegen ihre Umbildung durch Zuziehung der Volkspartei wehrte. Will man der Sozialdemokratie damit die Initiative in der Regierungsneubildung zuschieben, so ist das zwar für unsere Partei angesichts des Kalustandes als Charakteristikum unserer Wirtschaftslage eine schwere Belastung. Entziehen sollten wir uns dieser Belastung aber nicht, wenn sie sonst niemand tragen will. Die Unterbrechung der Beratungen der Reparationskommission bis zur Neubildung der Regierung zeigen, daß wir uns jetzt eine längere Krisenzeit ohne Führung nicht leisten können.

Deswegen brauchen wir aber noch lange nicht der richtungslosen Regierungsbildung zuzustimmen, die man uns jetzt aufhängen will und die uns zugleich völkerverfeindlich nach rechts und sozialdemokratisch nach links führen soll. Findet eine neuzubildende Reichsregierung, wie wir sie wünschen, keine Mehrheit im Reichstage, so kann sie ihn ja auflösen und Neuwahlen ausschreiben. Wir fürchten die Entscheidung des Volkes nicht, wenn es darüber befragt wird, ob die ganze Reparationslast durch Mehrarbeit den werktätigen Schichten aufgelegt werden soll oder ob nicht vielmehr endlich durch energische Stabilisierungspolitik auch die Möglichkeit zu einer Neuerfassung des Großkapitals zu schaffen ist, und damit gleichzeitig auch der wucherischen Ausnutzung der Kapitalmonopole durch Exportier, Großhändler und Großindustrie ein Damm entgegen gestellt werden soll.

Die bürgerlichen Parteien fürchten nach dem Ergebnis der Sachsenwahl solche Neuwahlen allesamt. Deswegen weist zufällig gerade gestern der deutschnationale Abgeordnete Hoehsch in der „Kreuzzeitung“ darauf hin, daß die Zahlungsherabsetzung von Cannes und das Schachwechsellabkommen mit Belgien nur noch bis zum Jahresende laufen, was ja doch längst bekannt ist. Haben wir zunächst einmal eine Reichsregierung mit zureichender außenpolitischer Linie, so wird die Ansetzung von Neuwahlen, die dieser Politik eine Mehrheit sichern sollen, kein Hindernis für eine günstige Neuregelung der Reparationsfrage, — im Gegenteil! Man wird dann drauß sehen, daß in Deutschland endlich um die Heranziehung der wirklich noch verfügbaren Quellen für unsere Leistungen gekämpft wird, und hat inzwischen ja von allen Fraktionen außer Kommunisten und Deutschnationalen die Zusicherungen der letzten Note. Daß man in der Außenpolitik seine Positionen behaupten kann, während im Lande Wahlkampf herrscht, hat ja soeben Curzon energische Stellung in den Orientwirren der letzten Wochen gezeigt.

Daß daneben gerade eine jetzt nach den Grundzügen unserer Fraktion zu bildende Reichsregierung trotz Wahlkampf auch innerpolitisch das Reich zusammenhalten könnte, darüber würde man sich auch in München bald klar werden.

### Bisher keine Lösung.

#### Verhandlungen beim Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident besprach gestern vormittag mit dem Reichstagspräsidenten Lobe sowie mit den Vorsitzenden der Fraktionen der Sozialdemokratischen Partei, des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei und der Demokratischen Partei die Lage. Ein Auftrag zur Kabinettsbildung ist vom Reichspräsidenten bis jetzt noch nicht erteilt worden.

#### Eine Erklärung des Zentrums: es will die Initiative zur Neubildung nicht übernehmen.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages läßt erklären: Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat sich am Mittwoch morgen mit der durch die Demission des Kabinetts Wirth geschaffenen Lage beschäftigt. Die Fraktionen des Zentrums, der Demokraten, der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei hatten angesichts der außen- und innenpolitischen Erfordernisse eine große Koalition verlangt, für welche der Boden durch die vorausgegangene gemeinsame außen- und innenpolitische Arbeit geebnet war. Die Vereinigte Sozialdemokratie hat diese politische Notgemeinschaft abgelehnt. Die einmütige Auffassung der Zentrumsfraktion geht dahin, daß nach dieser innenpolitischen Entwidlung der letzten Tage der Zentrumsfraktion keine Initiative bei der Neubildung des Kabinetts zufällt. Dem bisherigen Reichskanzler Wirth haben die Zentrumsfraktionen des Reichstages und die übrigen Parteifractionen noch kürzlich volles Vertrauen ausgesprochen. Daran hat sich nichts geändert, vielmehr hat die letzte außenpolitische Tat der Regierung Wirth, namentlich die letzte Note an die Reparationskommission vom 13. November, wiederum die ungeteilte Zustimmung der ganzen Zentrumsfraktion wie überhaupt die Billigung der Fraktionen von der Deutschen Volkspartei bis einschließlich der Vereinigten Sozialdemokratie gefunden. Das einzige Erfordernis an der gegenwärtigen verworrenen politischen Lage ist diese außenpolitische Klarheit.

#### Die Volkspartei für ein rein bürgerliches Mittelkabinett, das die Deutschnationalen unterstützen.

Ueber die Stellung der Fraktion der Deutschen Volkspartei, die heute vormittag zu einer Beratung zusammenkam, teilt die „Zeit“ mit, daß in der Fraktion vorwiegend die Meinung herrscht, daß ein Kabinett der Arbeitseinsparung wohl die glänzendste Lösung der Regierungstrife sei, da es die Möglichkeit bietet, alle Kräfte einheitlich zusammenzufassen und einzusetzen. Diese Notwendigkeit liege vor allen Dingen bei der Befragung des Außenministeriums, des Wirtschafts- und des Finanzministeriums vor. Unter diesen Umständen habe man auch die allergrößten Bedenken gegen eine etwaige Zurückberufung des bisherigen Reichswirtschaftsministers auf keinen Wollen. Die Leitung dieses Ministeriums müsse ebenso wie die des Verkehrs- und des Postministeriums in zuverlässige Hände gelegt werden. Wie das Blatt weiter schreibt, könne bei der zunächst beschleunigten Bildung eines Kabinetts der Persönlichkeiten geplant zu sein, die in der letzten Reparationsnote niedergelegten Forderungen als programmatische Grundzüge zu nehmen.

Die „Kreuzzeitung“ stellt für den Fall der Bildung eines Kabinetts ohne die Sozialdemokraten die Mitarbeit der Deutschnationalen Volkspartei in Aussicht.

### Die englischen Unterhauswahlen.

Am Mittwoch fanden in ganz England die Unterhauswahlen statt. Der Wahlerfolg in London war äußerst ruhig. Die Stadt selbst wies keinerlei Veränderungen auf. Auch im Lande spielten sich die Wahlen unter der gleichen Ruhe ab. Behindert wurden sie durch den überaus dichten Nebel, der seit mehreren Tagen besonders London umgibt. Die Konservativen befürchten von diesem Umstand einen Rückgang der auf sie sonst fallenden Stimmen, da man glaubt, daß viele Frauen sich an der Wahl nicht beteiligen werden.

Das englische Wahlrecht gibt bekanntlich in jedem der verschiedenen großen Wahlkreise demjenigen Kandidaten das Mandat ohne Stichwahl, der die verhältnismäßig meisten Stimmen erlangt hat, auch wenn er die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erreichte. Diese Regelung entspricht dem Zweiparteiensystem der englischen Vergangenheit. Sie gibt gegenwärtig der Arbeiterpartei überall dort gute Aussichten, wo ihr mehrere bürgerliche Kandidaten gegenüberstehen. Doch hat sich bekanntlich während der Auseinandersetzungen zwischen Asquith-Liberalen, Lloyd George-Liberalen und Unionisten hinsichtlich der Arbeiterpartei diesmal eine starke Dämpfung des Wahlkampfes zwischen diesen gegenwärtigen Richtungen im Bürgertum ergeben.

### Die Reparationskommission vertagt ihre Beratungen.

Die gegenwärtige Regierungstrife hat bereits eine Verzögerung der Entscheidung der Reparationskommission herbeigeführt. Die Reparationskommission hat am Mittwoch beschlossen, eine breitere Beratung der deutschen Vorschläge bis zur Neubildung der Reichsregierung zu vertagen. Ebenso sind die für heute vorgesehenen Besprechungen über die Kohlenlieferungen aus dem gleichen Grunde vertagt worden.

Von ausländischer Seite wird unsere gegen den dargelegten Auffassung bestätigt, der Rücktritt der jetzigen Regierung beruhe in keiner Weise das in der Note vom 14. November an die Reparationskommission niedergelegte Stabilisierungsprogramm. Die Reichsregierung habe die Note erst überreichen lassen, nachdem sie mit den Führern der bisherigen Koalitionsparteien und denen der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei eingehend erörtert worden war. Jede kommende Regierung, wie sie auch gestaltet sein möge, wird daher hinter diesem Programm stehen müssen.

### Die Regierungsbildung in Sachsen

konnte deswegen noch nicht gefördert werden, weil das endgültige Wahlergebnis nicht feststeht und angesichts der Bedeutung eines einzelnen Mandates bei den gespannten Mehrheitsverhältnissen in dem kleinen Parlament groß ist. Es scheint, daß die endgültige Berechnung für unsere Partei nur vierzig statt 41 Mandate ergibt, dagegen ein völkerverfeindliches Mandat mehr. Die sozialistisch-kommunistische Mehrheit bleibt dadurch unberührt, während die Mehrheit aus Sozialdemokraten und Demokraten dadurch verschwinden würde.

Die Sozialdemokratie hat die Kommunisten bekanntlich zur Bildung einer gemeinsamen Regierung auf der Grundlage der Reichsverfassung und der sächsischen Landesverfassung eingeladen. Die kommunistische Presse sucht eine solche Regierungsbildung, die ihr den Wind aus den Segeln nehmen würde, durch unerfüllbare Bedingungen zu verhindern, indem sie gleichzeitig auch die Anerkennung der Verfassung bekämpft. Unsere Genossen lassen sich aber dadurch nicht aus der Ruhe bringen, sondern unterscheiden von den kommunistischen Forderungen den erfüllbaren und unerfüllbaren Teil in Vorlegungen vor der Öffentlichkeit. Daß den kommunistischen Bestrebungen nachgegeben wird, die sich über die Verfassung hinwegsetzen, ist aber natürlich ausgeschlossen.

### Auflösung von zwei Organisationen.

Der Amtliche Preussische Pressedienst schreibt: Der preussische Minister des Innern, Gebering, hat mit Zustimmung der Reichsregierung auf Grund des § 1 des Gesetzes zur Durchführung der Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages vom 22. März 1921 den Heimats- und Brandenburg und Kreisfreie Posen und den „Selbstschutz Charlottenburg G. B.“ aufgelöst, weil aus seinem Verhalten hervorgehe, daß sein Zweck in Widerspruch zu den oben angezogenen Bestimmungen des Friedensvertrages stehe.

Personen, die sich an den beiden aufgelösten Vereinen als Mitglieder beteiligen, werden mit Geldstrafe bis zu 50.000 Mark oder mit Festung bis zu drei Monaten oder mit Gefängnis bis zu vier Wochen bestraft.

### Die preussische Ausführung des Reichsmittelengesetzes.

In Vertretersammlungen der Grundbesitzer wurde auf die angebliche Mangelhaftigkeit und Unklarheit der preussischen Ausführungsbestimmungen zum Reichsmittelengesetz hingewiesen. Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ bemerkt hierzu kürzlich in einer Note, im Reichsmittelgesetz sei man allerdings der Ansicht, daß die Ausführungsbestimmungen verbessert werden müssen; ferner wurde mitgeteilt, daß die Bestimmungen betreffend die Überwälzung der Grundsteuer auf den Grundbesitzer durch den preussischen Pressedienst hier von unzulässiger Stelle erlassen, nicht eine grundsätzliche Änderung der preussischen Ausführungsbestimmungen zum Reichsmittelgesetz nicht bevor, so daß damit die einen solchen Angaben der erwähnten Zeitung als unzutreffend bezeichnet werden müssen.

Ein Dollar (vorläufig) 8200 Mark.

# Die Wiederaufbaupolitik der britischen Arbeiterschaft.

Von J. Ramsay MacDonald.

Im letzten Heft der von Keynes redigierten „Wiederaufbau“-Hefte des „Manchester Guardian“ entwickelt Genosse Mac Donald, der Vizepräsident der englischen Arbeiterpartei und bisherige Sekretär der zweiten Internationale, ein großzügiges außenpolitisches Programm für die Politik unterer englischen Genossen. Mac Donald setzt dabei, wie das bei jedem Programm gegeben muß, voraus, daß keine Partei die Führung der Geschäfte seines Landes übernimmt. Dürfte diese Voraussetzung auch nicht entfallen, so wird die Arbeiterpartei doch im Unterhaus anders als bei den Gemeindevahlen zweifellos ihre Stimme vernehmen. Die Richtung ihrer Außenpolitik bleibt daher auch dann von praktischem Interesse, wenn das nächste englische Kabinett wieder wie alle bisherigen ein rein bürgerliches wird, womöglich gar ein so weit rechtsstehendes, wie die jetzige überwiegend aus Riscovits, Lords und anderen Adligen bestehende Unionistenregierung Bonar Law. Wir geben im folgenden nur den programmatischen Teil der Ausführungen Mac Donalds wieder. Er zeigt, daß es im Ausland keine sichere Freunde Deutschlands gibt als unsere sozialistischen Genossen, die Führer nicht des gegenwärtigen, aber des zukünftigen Westeuropas. Red.

Die Prinzipien, auf denen die Politik der Arbeiterpartei gegründet sind, stellen sich in Kürze folgendermaßen dar:

1. Die Höhe und Form der Reparationen erfordert zwei Sanktionen, die erste der Gerechtigkeit, die zweite der Wirtschaftspolitik;
2. Die Sanktion der Gerechtigkeit muß auf Prinzipien, die man in den Verhandlungen vor dem Waffenstillstand festgelegt hat, beschränkt werden. Im Einklang mit diesen Verhandlungen haben wir uns verpflichtet, Deutschland keine solchen Zahlungen, wie Pensionen und Gehälter, die sich aus den Nachkriegszuständen ergaben, aufzuerlegen. Diese Zahlungen müßten sofort in Abzug gebracht werden.
3. Die Sanktion der Wirtschaftspolitik muß nicht nur durch Deutschlands Zahlungsfähigkeit bestimmt werden, sondern auch durch die Ueberlegung, wie viel es ohne Schädigung unseres eigenen Volkes uns übermitteln kann und in welcher Form wir die Reparationszahlung zu übernehmen imstande sind. In bezug auf diesen Punkt haben unsere öffentlichen Meinungen und ihre Vertreter in Paris leider die phantastischsten Ideen und sie denken an Geldzahlungen, anstatt an Sachlieferungen, an eine absolute Zahlung, anstatt an eine Zahlung im Austauschverkehr.

Diese Einstellung wurde mir eines Tages in einer wunderbaren primitiven Form von einem nicht unbedeutenden Parlamentsmitglied entwidelt. „Wenn Sie mir“, sagte er, „ein Pfund Sterling schuldig, werde ich ärmer dadurch, wenn ich Sie erzeuge, es mir zu zahlen und renne ich dann den Schädel gegen politische und wirtschaftliche Unmöglichkeiten an, wenn ich bei ihrer Weigerung einen Gerichtsbescheid in Ihr Haus schicke?“ Dies ist die geistige Einstellung, die Europa immer mehr in den Ruin hineintreibt.

4. Wie hoch auch die Summen sein mögen, die gefordert werden, sie müssen endgültig festgesetzt sein, damit Deutschland sich über die Höhe seiner Verpflichtungen klar wird. Sie dürfen nicht aus einem bankrotten Lande eingetrieben werden, weil es viel mehr in unserem Interesse liegt, daß Deutschland imstande ist, mit uns Handel zu treiben und seine normale Stellung in der Weltproduktion und dem Weltausgleich einzunehmen, als daß wir von ihm Zahlungen erhalten, deren Wirkung auf unsere Wirtschaft zweifelhaft ist, selbst wenn man sich die größte Mühe gäbe, sie zu unserem Vorteil ausfallen zu lassen. Diese Zahlungen können nicht eingetrieben werden, während die deutsche Mark nicht einen Pfifferling wert ist. Als Voraussetzung jeder Zahlung muß eine Politik zur Wiederherstellung des deutschen Handels entworfen und verfolgt werden.

Ein Moratorium von einer gewissen Länge ist insofern von größter Wichtigkeit. Die Wirkungen der Entschädigungspolitik der Alliierten auf unsere eigene Industrie hat einen schnell unterdrückten Schrei nach einer vollkommenen Aufhebung jeder Entschädigung hervorgerufen. Wenn wir den Betrag einerseits darauf beschränken, was Deutschland zu zahlen können und andererseits, was wir, ohne uns zu schädigen, aufnehmen können und dann zwischen, daß wir nicht fordern, was nicht durch die Waffenstillstandsbedingungen festgelegt wurde, bleibt nur ein kleiner Rest übrig. Die überreichte Politik der Alliierten ist jedoch keine gute Politik, denn es ist viel besser, das ganze Problem systematisch zu behandeln, als sich auf dramatische Weise mit seinem schlimmsten Teile zu beschäftigen.

Es müßte ein Versuch gemacht werden, internationale Anleihen zu erheben, sobald man in bezug auf die Schulden zu einer Vereinbarung gelangt ist, und es hat keinen Sinn, die Schulden gesondert zu behandeln, solange nicht eine befriedigende Vereinbarung in bezug auf die Reparationen und Entschädigungen, die man von den besiegten Staaten fordert, erreicht worden ist. Die Regelung der Schulden muß einen Teil der allgemeinen Regelung bilden.

6. Rußland nimmt eine besondere Stellung ein. Wir können nicht länger mit der Anerkennung seiner Regierung zögern, und wir hätten dies schon längst tun sollen. Die Regierungen können sich im Gegensatz zu den Individuen offiziell anerkennen, ohne die Prinzipien zu teilen. Es ist bloß eine Frage der praktischen Notwendigkeit. Außerdem ist die Anleihe an Rußland eine reine Geschäftsangelegenheit, und diejenigen, die das Geschäft machen, werden sich die nötigen Sicherheiten verschaffen. Wenn die Regierungen bei der wirtschaftlichen Wiederherstellung Rußlands nicht helfen können, so sollten sie sie wenigstens nicht hindern, wie sie es bis jetzt getan haben, indem sie als Agenten gewisser Interessen auftreten oder den einzelnen Finanzleuten, die bereit wären, das Risiko zu übernehmen, Hindernisse in den Weg stellen.

Dies ist im Abriß die Politik der Arbeiterpartei. Ich weiß jedoch, daß es eins ist, ein Ziel zu setzen und etwas anderes, es zu erreichen. Der Oberste Rat hat von Versailles nicht nur ein unmögliches Mandat übernommen, sondern auch aus eigenem eine unmögliche Methode der Geschäftsführung hinzugefügt. Die alliierte Politik — mit Einschluß der Politik Amerikas — hat die Probleme kompliziert und eine Regierung, die ein Sprachrohr der Arbeiterpartei ist, wird sich nicht nur wirtschaftlichen Problemen gegenübergestellt sehen, sondern auch politischen, die sich in die eine Frage zusammenfassen lassen: Wie sollen sich unsere Beziehungen zu Frankreich, zu Amerika und dem Völkerbunde gestalten? (Schluß folgt.)

## Italien und die Orientkonferenz.

Mussolini wird sich wahrscheinlich selbst an der bevorstehenden Orientkonferenz beteiligen. Noch mehr Wahrscheinlichkeit aber hat eine Beteiligung an der Besprechung für die Vorkonferenz in Paris für sich. Der englische Botschafter in Rom hat das Oberhaupt der Faschisten persönlich dringend ermahnt, an der Pariser Besprechung teilzunehmen, die ausdrücklich um einen Tag hinausgeschoben wurde, um Mussolini die Beteiligung zu ermöglichen. Die Konferenz findet am Sonntag statt.

## Die Nachwirkungen der russischen Hungersnot.

In der Moskauer „Iswestija“ werden die Verluste an der Hungersnot aufgeführt. Vor allem hat sich in den Gebieten, die vom Hunger betroffen waren, die Saatfläche vermindert. Dasselbe betrug im Jahre 1920 20 412 000 Dektaren, im Jahre 1922 dagegen nur 16 996 000. Die Bevölkerung in den Hungergebieten hat sich um 2 1/2 Millionen verringert, also nach den Berechnungen der Sowjetregierung um 10 Prozent. In der baltischen Provinz sind am Hunger 25 Prozent der Bevölkerung gestorben. Der Viehbestand hat sich allein im Wolgarebiet in diesem Jahre um 2 345 000 Stück verringert und in den fünf Hunger-Gouvernements der Ukraine um 1 074 000 Stück. Der größte Teil dieses Viehbestandes ist an den Folgen der Hungersnot gestorben zu Grunde gegangen, ein anderer Teil nach den benachbarten Gouvernements vertrieben oder verkauft. (Ruppst.)

## Der Reichspräsident zum Geburtstag Gerhart Hauptmanns.

Anläßlich des 60. Geburtstages Gerhart Hauptmanns ließ der Reichspräsident dem Dichter als Ehrenprobe des Reiches einen deutschen Adlerbild überreichen, ein von Professor Baderele-München entworfenes und ausgeführtes Kunstwerk aus Bronze, das auf einem feingehauenen Sockel in rundem Schilde dem Reichsadler zeigt. Die Rückseite des Schildes trägt zwischen einem Lorbeer- und einem Eichenzweig die Inschrift: „Gerhart Hauptmann, dem Dichter und Gelehrten, dessen Werk die Seele des deutschen Volkes zum Lichte rang. Der Reichspräsident.“

Die Gabe war von nachstehendem Schreiben des Reichspräsidenten begleitet: „Mein lieber, sehr verehrter Herr Dr. Hauptmann! Um führende Deutsche, die Ihren Namen in die Geschichte des Vaterlandes eingegraben haben, zu ehren, habe ich das Symbol des Reiches, den deutschen Adler, in Bronze prägen und diese Prägung auf einen Sockel aufstellen lassen. Das erste Stück dieses Adlerbildes überreichte ich Ihnen an dem Tage, da ganz Deutschland an der Feier Ihres 60. Geburtstages teilnimmt. In einer Zeit der Unrast und Bedrängnis steht Ihr Bild leuchtend vor unserer Augen. An der Wurzel unserer Gegenwart geboren, haben Sie Ihre Kämpfe und Wirnisse vorausschauend empfunden und es vermocht, die ringenden Kräfte unserer Zeit und unseres Volkes zu unvergänglicher Gestalt zu erheben. Wie zum Vaterland auch in der Zeit seiner Leiden und Verkünder für die eigene Zeit auch in ihrem schmerzlichen Drängen haben Sie Herz und Ihre Werke erfüllt. So möge Ihnen heute entgegenkommen, daß das deutsche Volk Ihren Namen als den eines Führers ehrt, und daß unsere Zeit die hehrliche Bedeutung Ihres Schaffens begreift. Es hat einen tiefen Sinn, den niemand besser als Sie würdigen wird, wenn ich Ihnen als Zeichen des Dankes des deutschen Volkes diesen schönsten deutschen Adler überreichte als ein Symbol dafür, daß ein großes ringendes Volk Kraft und Mut aus den Werken seiner Meister schöpft. Wir denken aber auch an eine besondere Freude, Ihnen an diesem Tage meine aufrichtigen und herzlichsten Glückwünsche zu sagen, denen ich hiermit Ausdruck gebe als Ihr Ihnen stets ergebener Ebert.“

Eine Gerhart Hauptmann-Feier in Berlin fand unter starker Beteiligung in der neuen Aula der Universität statt. Auch der Reichspräsident war erschienen, ferner mehrere Minister, während der Austausch der Studentenschaft die Feier des Weber-Dichters bekanntlich ablehnte. Prof. Weiser hielt eine Festrede und unter den weiteren Rednern befand sich auch unser Genosse Reichspräsident Löss. Hauptmann ließ sich dankte in einer bewegten Rede, worauf die Feier mit dem Vortrag einer Beethoven-Sonate durch Eugen d'Aubert abschloß.

## Die „Fordisierung“ der Vereinigten Staaten.

„Fordisierung“ (Fording) ist in Amerika ebenso ein gebräuchliches Wort geworden, wie „Stannisierung“ in Deutschland. Der Großindustrielle Henry Ford vermochte das beste Fertigungsmittel wie Stinnes, d. h. durch Gründung und Ankauf von Unternehmungen mächtige Konzerne zu beherrschen, wodurch er eine gewaltige und immer wachsende wirtschaftliche Macht erwarb. Der Staat Michigan mit seiner Hauptstadt Detroit ist bereits vollständig „Fordisiert“, wie in einem interessanten Aufsatz der amerikanischen „Nation“ vom 1. Oktober zu lesen ist. Der in Wien erscheinende Zeitschrift „Die Börse“ entnehmen wir folgende große Pläne Fords, die er demnächst gemeinsam mit dem berühmten Erfinder Edison verwirklichen will. Ford kauft im Staat Alabama ein riesiges Gebiet von Staatsland zu kaufen, wo der Staat zur Ausnützung der Wasserkraft eines großen Sees während des Krieges gewaltige Stichtoffwerke errichtet hat, die jedoch seit dem Waffenstillstand verlassen liegen. Diese ganzen riesenhaften Anlagen lud Ford zu erwerben, um in der Ausnützung der in der Rede gebundenen überreichen Naturkräfte — neben der Wasserkraft Kohle, Erz, Kupfer, Kalk (diese beiden zur Aluminiumgewinnung), seltene Metalle — einen Konzern aufzubauen, der vom Rohstoff bis zum Fertigprodukt in gewaltiger horizontaler und vertikaler Gliederung eine Produktion umfaßt, die von Erz und Kohle zum Kraftfahrzeug, von der Luftschiffbauindustrie in großem Umfange als Düngemittel, ja über die Leinwand zum Kraftfahrzeugreifen reicht.

Die reichen Funde an den Metallen für die Aluminiumgewinnung und die Herstellung anderer Leichtmetalle haben den Anstoß zu dem Plan gegeben, eine neue große Fabrik zu erbauen, in der Kraftfahrzeuge ausschließlich aus Leichtmetall hergestellt werden sollen, in Ermahnung der großen wirtschaftlichen Vorteile, die man sich von deren Anwendung verspricht. Die bisherigen Ford'schen Werke sollen demnächst die Erzeugung von Kraftfahrzeugen, den Bau der Luftfahrzeugen, für die weiterhin Stahl das Konstruktionsmaterial bilden wird, der Schlepper, landwirtschaftliche Maschinen und sonstigen Nebenabteilungen des Ford'schen Fabrikationsplanes dienen. Er möchte außerdem den Flugzeugbau aufnehmen. Das Ford schon seit geraumer Zeit das Ziel vorstreckt, seinem billigen Auto, dem „Auto des kleinen Mannes“, ein Volkswagen ähnlicher Eigenschaften zur Seite zu stellen, ist bekannt.

## Der Sprung in die Welt.

Ein Jung-Arbeiter-Roman von Fritz Zidler.

11) (Kaschdruck verboten.)

„Das kann man machen“, sagte Hans. Die Schokoladenfabrik war ein langgestrecktes Gebäude in der Höhe des Bahndammes. Ein harter Regenschauer schobte durch das Tor auf die Straße hinaus, denn gleich am Eingang lag die Mauer. Der Portier nickte auf Hansens Anfrage und ließ ihn in die Kasse, wo ein alter Mann mit einer roten Nase das Regiment führte. Der Karre Hans durch eine schmale Öffnung und meinte, Hans könne nach den Feiertagen antreten, und nahm ihm die Papiere ab. Hans war heilfroh und die Mutter auch, schon darum, weil der Lohn ein besserer war als in der Kasse.

Unter Dampfer schimpfte Hans wieder: „Ihr verfluchten Japselstücken! In Weihnachten bleibt man daheim und ruht sich aus. Wo wollt ihr denn hin? Auf die Dächer? Daß auch doch die Hände heißen mögen.“

Katzenhals gingen sie hoch. Es herrschte kaltes, hartes Wetter draußen, die Luft war still. Auf dem Weg zum Werk, der Schritt ließ hart auf der Straße. In der Höhe leuchteten die Säulen. Am Fuß waren zu machen, man sah die beiden Steine in schiefem Gestalt, bis ein Handwerker kam und sagte, er werde ihnen Steine in die Schenkel legen. „Oh“, gab Hans zurück, „ich schmecke besser als das!“ Das Wort schmecken, denn der Handwerker ging weiter, ohne noch etwas zu sagen.

In den stillen Dörfern war es noch schneefreudiger. Die Freunde hielten sich nirgends auf, die Luft am Bahnhof wurde immer kälter. Die Zeit verstrich für sie mit Unruhe. Sie waren in diesen Wald gekommen und kamen nachher drei Stunden, als das letzte Dorf zu erreichen war. „Wagt es, wer wir sind?“ sprach Hans den Vater an. „Wir sind Hansens Freunde, wir haben das Herz verloren, aber hinter dem Wald werden wir es wiederfinden, denn wir haben die Namen verloren.“ Der Vater war wie ein Stein, Lang und kurz durch den rüchlichen Wald und unter Heimen ist so weit hinter uns, daß wir sie vielleicht nie wieder erreichen werden. Wir

breiten darauf, in die Weltstadt zu gelangen, weil wir das milde und gefährliche Leben über alles lieben. In den Quartieren, wo wir lagen, haben wir Wein getrunken und schöne Weiber gesehen, aber nichts konnte uns halten, denn wir hatten das Herz, das am Ort ist, und das für das Märchen um die ganze Welt. Unser Trompete hat ein helles Horn voll jubelnder Signale, denen wir uns freuen, daß wir sie hören, auch wenn sie nicht geloben werden.

Kati hob die Nase in die Luft. „Du — es fängt an zu regnen. Was machen wir jetzt? Wir müssen schneller laufen.“ Kati drehte die Nase in Richtung Kater: „Das ist die Richtung mit dem Dampf am Fuß. Die Freunde rannten, was sie konnten, das Spinnweb war ihnen weggegangen. Es dauerte nicht lange, so hatten sie den Berg aus dem Rücken. Die Hände wurden schwer und rannen wie Wasser. Auch die Hände trübten, es gab kein Wasser. Die Freunde tanzten auf der Straße, die wie ein Tisch aussah, bei jedem Schritt rann das Wasser aus den Stiefeln, die Jungens traten bis ins Herz hinein und schrien wie Matrosen. Noch eine Stunde bis zum Dorf — und der Regen lag nicht nach.“

In der Schule brachen die Bauern und Arbeiter in dünnem Schweiß aus, als die unglücklichen Spaten herein kamen. Die Jungens saßen lebendig aus und wurden von der Kälte gequält. „Gehi den armen Leuten helfen Grog auf meine Rechnung“, sagte ein Bauer, und die beiden Kleinsten gingen den heißen und kalten Trank. „Wo wollt ihr denn hin?“

Spezialisten gehen. „Neues Gelächter. Die Wirkin schüttelte den Kopf. „Ihr seid Hansens Freunde. Es wäre kein Wunder, wenn ihr euch den Tod wisset. Wo wollt ihr denn eure Kleider machen?“

Da stand ein Mann an: „Ich werde sie zu den Glasbläsern bringen, dort wird es heute gearbeitet. Bei den Dörfern ist eine Bäckerei, und ihr werdet bald trocken sein.“

So ging es wieder hinaus in den Regen, ein Stück die Dorfstraße entlang, bis sie in den Hof der Glasbläser einbogen. Die Glasbläser waren Menschen und rotglühendes Licht durch den weiten dümmenden Raum, weißig warm schmeckte die Luft. Glasbläserübergewogene Männer humpelten die Kiste mit dem gleichen Glas.

Hans und Kati durften daselben und stritten sich das nasse Zeug vom Rücken, das bald vor dem Ofen zu demisen begann. Das nasse Fell liegen sie die Klinge ebenfalls von der Haut bestrafen und wurden wieder warm und überaus dabei.

„Wir gehen durch Wasser und Feuer an einem Tag — was willst du mehr?“

In der Schokoladenfabrik arbeitete viel junges Volk, Bauern und Mädchen. Jeden Morgen halb sieben trölte das manter an der Kontrolluhr vorbei in die alte Fabrik, in der es so famos war: nach Kaffee und Kaffee, nach Ingwer und Marzipan, nach Lebkuchen und feinstem Gemälde. Im Kellergang begann das Ausputzen der altmännlichen Schrauben und Keulen, die große Transmission, die von der Triebmaschine der über den Hof in die Fabrik hineingriff, hob an zu tanzen, ein wilder Pfiff sprang an den Hauswänden hoch, und die Arbeiter strömten von den Arbeitern nach den Arbeitsstätten. Die Knet-, Misch- und Mälmaschinen ließen ihre Gelenke funkeln und särmten, in der Kasse klopfen Drogen von Männern, Telefone klingelten und Fahrstühle brummen.

Hans gefiel es hier besser als in der Kasse. Nicht nur deshalb, weil hier mancher leckere Bissen aus Versehen in den Mund fiel, die Arbeit als Bauer war kurzweilig und ließ manches freie Spielraum. Es gab in dem halbdunklen Speicherräumen, Kellern und Vorentagen ungezählte Winkel zum Plaudern und Ausruhen, dafür flogen dann die Mägel ins Holz der Räder, und das vorgeschriebene Pensum wurde immer erfüllt. Morgens wurden die Bestellungen der über das ganze Reich verstreuten Filialen unter die Feder verteilt, die angeforderten Waren wurden aus den Speichern zusammengeholt, in die Räder verpackt und gegen Abend dann verladen. Das war oft nicht leicht, und Hans mußte die Räder zusammenstellen, wenn ihm ein Zweigentner auf die Schultern geworden wurde. Doch er die Zeit wenig und nicht schlapp machte, er hätte sein Selbstgefühl, er hätte froh, daß er kräftig und gesund war.

Am liebsten lief er in den obersten Speicher, wo die Erde mit den Kakaohälften lagen, dort schmeckte er sich durch eine Luke auf das Dach und schaute über die Häuser hin. Der Februar hatte schon windigste Tage, die den Frühling ahnten und Hans Hundes Augen schmeichelnd machten nach den Kernen hinter dem Horizont, in den sich die blanken Schienen des Bahndammes verloren. Die weißen Rauchschlangen der Züge zerflatterten und verneigten, das Pfeifen der Lokomotiven folgte ihm noch in Schlaf und Traum.

Nur noch Wochen, dann würde auch Hans auf den Stellen dahinzuliegen, viele Stunden lang, und erst dort erstarben, wo die Welt anders war. (Fortsetzung folgt.)

# Der endgültige Einkommensteuertarif für 1922.

Die bisher vorliegenden Mitteilungen über den für 1922 vorgeschlagenen endgültigen Einkommensteuertarif geben von der geplanten Neuordnung noch kein vollkommen klares Bild. Immerhin geht aus ihnen hervor, daß man nicht, wie es zu erwarten gewesen wäre, die Absicht hat, die endgültige Steuerpflicht für das Jahr 1922 auf der Basis des Durchschnitts der im Laufe dieses Jahres in Geltung gewesenen Tarife zu errechnen, sondern daß man der beabsichtigten seit dem Hochsommer eingetretenen rapiden Geldentwertung bei der Gestaltung des endgültigen Tarifs Rechnung tragen will. Nach der Novelle vom Dezember 1921 wurden Einkommen bis zu 50 000 Mark mit 10 Prozent, darüber hinausgehende Einkommensanteile mit einem höheren Prozentsatz bis zu 60 Prozent besteuert. Nach einem im Juli dieses Jahres verabschiedeten neuen Tarif wurde die Grenze für die zehnprozentige Besteuerung mit Rücksicht auf die Geldentwertung auf 100 000 Mark erhöht und auch die Staffeln für die prozentual anwachsend höher besteuerten Einkommensanteile nach oben auseinandergezogen. Jetzt wird für 1922 endgültig ein Tarif vorgeschlagen, in dem die zehnprozentige Besteuerungsgrenze bei 250 000 Mark liegt, die nächsten jedesmaligen 125 000 Mark (bisher 50 000 Mark mit 15, 20 und 25 Prozent besteuert werden und die übrige Tarifaufbau entsprechend auseinandergezogen wird; die Einkommensanteile zwischen 2 1/2 und 3 Millionen Mark Einkommen werden sodann in ähnlicher Folge als bisher höher herangezogen, so daß für die Einkommensanteile über 3 Millionen Mark die Besteuerung in der bisherigen Höhe in Kraft bleibt.

An sich muß das Ziel, den Steuertarif jeweils mit der Geldentwertung in Einklang zu bringen, selbstverständlich begrüßt werden. Hat doch bekanntlich gerade unsere Partei die Initiative ergriffen, um durchzusetzen, daß nach dem rapiden Sturz unserer Valuta und der damit zusammenhängenden Teuerung der Geldentwertung durch Neuregelung der Prozentgrenzen beim Lohnabzug Rechnung getragen wird. Die vorgeschlagene Art der Regelung jedoch muß die allerersten Bedenken erwecken, da sie sich, wie leider eine so erhebliche Anzahl von Maßnahmen der gegenwärtigen Finanzpolitik, als eine Schädigung der Lohn- und Gehaltsempfänger auf der einen und eine Bränte für das große und auch das kleine Unternehmertum in Landwirtschaft, Industrie, Handel und Handwerk auf der anderen Seite auswirken würde.

Es ist schon wiederholt darauf hingewiesen worden, daß bei der zunehmenden Geldentwertung das Unternehmertum gegenüber der Arbeitnehmererschaft in weitestem Sinne steuerlich an sich dadurch überaus begünstigt ist, daß es seine Steuern nicht wie diese monatlich abzugeben gezwungen ist, sondern sie Monate, oft Jahre lang später in entwertetem Gelde bezahlt und somit weitgehend von der Geldentwertung profitiert. Bekanntlich haben zur Beseitigung dieses Missstandes die Gewerkschaften aller Richtungen sich die bereits wiederholt in der „Volkswacht“ aufgestellte Forderung nach Zuschlägen für zu spät eingehende Steuerbeiträge entsprechend der Geldentwertung zu eigen gemacht. Anstatt daß diesem Verlangen stattgegeben und die Verschiebung des Verhältnisses zwischen der Steuerleistung der Produzenten- und Kaufmannschaft und der der Lohnempfänger nach den gewerkschaftlichen Vorschlägen ausgeglichen wird, erhöht der jetzt vorliegende Vorschlag den Vorteil des Unternehmertums durch die für das Jahr 1922 rückwirkende Kraft, die ihm verliehen wird. Bekanntlich haben diejenigen, die nicht Lohn- und Gehaltsempfänger sind, noch keinen Vermögenssteuer für dieses Jahr gezahlt außer den ihrer Steuer für 1921 entsprechenden, bei dem damaligen (bisher) höheren Werte des Geldes naturgemäß sehr geringen Beträgen; der neue Tarifvorsatz bedeutet für diese Schichten nichts mehr und nichts weniger, als daß sie nunmehr im nächsten Jahre ihre Steuer für das Jahr 1922 zu einem Satz bezahlen dürfen, der allein auf die Geldentwertung des zweiten Teiles des Jahres zugeschnitten ist. Während also der Landwirt, Industrielle und Kaufmann an sich bereits dadurch begünstigt ist, daß er in einem halben bis dreiviertel Jahre die Steuern aus seinem höherwertigen zu Beginn dieses Jahres vereinnahmten und wertvolleren Geldes damals angelegten Geldes in erheblich früher entwerteten Scheinen bezahlt, so will der neue Vorschlag dies nicht nur dulden, sondern diese ungerechte Bevorzugung noch durch eine freiwillige Tarifherabsetzung verstärken; eine solche ist für die Einnahmen aus den letzten Monaten wohl berechtigt und erforderlich, darf aber auf Einnahmen aus den ersten neun Monaten dieses Jahres, zumal bei nachträglicher Steuerzahlung, keine Anwendung finden. Eine solche Begünstigung ist wohl von keiner Seite erwartet worden; hat doch sogar die „Schlesische Zeitung“ vor einiger Zeit in einem Artikel zum Einkommensteuerproblem als selbstverständlich angenommen, daß die Steuerleistung für 1922 auf Grund eines Durchschnitts zur errechnen sein würde.

Den neuen Vorschlag wird man der Arbeitnehmererschaft gewiß nicht damit plausibel machen können, daß man auf die auch ihr aus solchen steuerlichen Entgegenkommen angeblich erwachenden Vorteile hinweist. Für den überwiegenden Teil der Arbeiterschaft und einen sehr erheblichen Teil der Angestellten- und Beamtenerschaft spielt die „Großzügigkeit“ der neu geplanten Tarifgestaltung keine Rolle; denn sie haben zufolge ihrer geringen Entlohnung die zehnprozentige Steuerregime bis vor kurzer Zeit kaum jemals erreicht, jedoch sie die nachträgliche Errechnung, gleichgültig, ob sie zu einem Durchschnitts- oder zu dem vorgeschlagenen Tarif erfolgt, meistens unberührt lassen wird. Voraussetzung ist freilich, daß für die letzten 3 Monate des Jahres ein der Geldentwertung angepaßter Tarif, entsprechend den Forderungen unserer Partei, nunmehr umgesetzt vom Reichstag beschlossen wird. Für diesen Tarif genügt nicht die Sache, die für den endgültigen Tarif des Jahres 1922 in Aussicht genommen sind, sondern sind vor allem für die unteren Stufen die Staffeln anzuwenden, die vom Finanzministerium für das Jahr 1923 vorgeschlagen werden; bei ihnen liegt die zehnprozentige Grenze bei 400 000 Mark, die zwanzigprozentige hinter den nächsten 200 000 Mark, die dreißigprozentige hinter den nächsten 600 000 Mark usw. bis zu sechzig Prozent. Dadurch würde auf der einen Seite den Forderungen der Lohnempfänger Rechnung getragen werden, die verlangen müssen, daß sie nicht infolge der lediglich nominalen Erhöhung ihrer Bezüge in höhere Steuerstufen als vorher kommen; auf der anderen Seite aber würde die Ungerechtigkeit vermieden, daß die Unternehmerschaft für 1922 nach einem milderen Tarif besteuert wird als die Arbeitnehmererschaft. Denn selbst unter Zugrundelegung eines Tarifs mit der zehnprozentigen Steuerregime bei 400 000 Mark und entsprechend auseinandergezogenen Grenzen für die höheren Stufen für die letzten 3 Monate würde der Durchschnitts- oder Tarif für das Jahr 1922 sich immer noch fast doppelt so schnell emporkrafteln, als es der Vorschlag der Regierung vorseht.

Eine gründliche Nachprüfung lehrt somit, daß eine grundsätzliche Umarbeitung des neuen Tarifvorschlages nach zwei Richtungen hin steuerpolitisch dringend erforderlich ist: Die für das Jahr 1923 in Aussicht genommenen Sätze müssen bereits vom 1. Oktober 1922 ab Gültigkeit erhalten und der endgültige Einkommensteuertarif für das Jahr 1922 darf nicht auf Grund einer den kapitalistischen Kreisen zugute kommenden Ermäßigung, sondern muß nach dem Durchschnittsmaß der im Jahre 1922 gültigen Tarife errechnet werden. Dies sind die nächsten Forderungen gegenüber der von der Regierung eingebrachten Novelle zum Einkommensteuertarif, die unbeschadet unserer weitergehenden Forderungen bezüglich der Anpassung der später eingehenden Steuerbeiträge an die Geldentwertung erhoben werden müssen.

## Auch nach der Werbewoche

muß jeder Genosse und jede Genossin weiter fleißig

## für die „Volkswacht“ werben.

## Gewerkschaftsbewegung.

### Vergarbeiterlöhne und Kohlenpreis.

Neben das Kapitel „Vergarbeiterlöhne und Kohlenpreis“ wird sehr viel und leider zumeist Unzutreffendes geschrieben. Die den Lesern nachfolgenden Zeilen behaupten, daß die Vergarbeiter die treibende Kraft bei der Erhöhung der Kohlenpreise sind. Den Beweis für diese Behauptungen müssen sie schuldig bleiben, weil eine objektive Prüfung der Tatsachen zu einem ganz anderen Resultat gelangt.

Bis zum August 1922 betrug der Lohn- und Gehaltsanteil am Zehnererlös — von geringen Schwankungen abgesehen — immer 60 Prozent, der Rest entfiel auf Betriebskosten und Gewinn. Im Februar 1922 folgte zum Beispiel die Festförderlohn 458,10 Mark pro Tonne. Dieser Verkaufspreis wurde aber den Lesern nicht voll zugeschliffen, sondern für Kohlen- und Umhängefeuer, für Heimstättenbau und Handelsrabatt rund 106,23 Mark beantragt, jedoch die festen 361,87 Mark pro Tonne Festförderlohn vereinbart. Die Lohnbelastung betrug für Arbeiter und Beamte 250,89 Mark pro Tonne, das sind 68,80 Prozent des Zehnererlöses, so daß den Unternehmern 36,10 Prozent oder 131,07 Mark zur Bestreitung aller sonstigen Kosten verblieben. Zwischen Zehnererlös und Kohlenverkaufspreis muß streng unterschieden werden, da der Kohlenverkaufspreis öffentliche Abgaben einschließt, die nicht den Vergarbeitern und nicht den Lesern, sondern der Allgemeinheit zugute kommen. Im Februar waren also im Kohlenverkaufspreis pro Tonne enthalten: 49,37 Prozent Lohn- und Gehaltsanteile, 28 Prozent für Betriebskosten, Abschreibungen und Gewinne und 22,89 Prozent Abgaben und Steuern. Der Lohn war im Durchschnitt um 3,90 Prozent über den normalen Anteil von 60 Prozent am Zehnererlös hinausgegangen. Bei der neuen Preisregelung am 1. März wurde diese Differenz wieder ausgeglichen. Von da ab änderte sich aber das Verhältnis immer mehr zugunsten der Gehalts- und Lohnanteile. Im März 1922 betrug der Lohn- und Gehaltsanteil nur noch 44,78 Prozent, während sich der Anteil für die Betriebskosten und Gewinne auf 31,77 Prozent und der für Abgaben und Steuern auf 23,45 Prozent erhöhte. Im August gestaltete sich das Verhältnis noch ungünstiger. Für die Löhne wurden nur noch 40,99 Prozent, für die Betriebskosten und Gewinne 24,16 %, für die Abgaben und Steuern auf 34,91 Prozent des Kohlenverkaufspreises vorausgesetzt. Ab 1. November aber werden von dem Verkaufspreis für Festförderlohn nur noch 28,77 Prozent auf die Löhne und Gehälter, dagegen 33,10 Prozent auf Kosten und Gewinne und 38,13 Prozent auf Steuern, Abgaben und Handelsrabatt entfallen.

Diese durch nichts zu bestreitenden Zahlen zeigen, daß 1. der größte Anteil vom Zehnererlös und vom Kohlenverkaufspreis den Unternehmern verbleibt; 2. der Anteil der Abgaben und Steuern gleichfalls den Löhnen und Gehaltsanteilen wesentlich übersteigt hat; 3. für Gehälter und Löhne der geringste Anteil vom Zehnererlös und vom Kohlenverkaufspreis beansprucht wird.

Aus der Tatsache, daß die Unternehmer den größten Anteil erhalten, kann aber nicht so ohne weiteres geschlossen werden, daß sie ihre Gewinne in gleicher Weise gesteigert haben. Es muß dabei berücksichtigt werden, daß die Mehrerlöse der Lesern zugebraucht werden durch die geradezu fabelhafte Steigerung der für den Grubenbetrieb unentbehrlichen Materialien, die keiner Beherrschung im Preise unterliegen, sondern sich in voller Preisfreiheit bewegen. So haben sich zum Beispiel in der Zeit vom 1. Oktober bis die Preise für Kiefern-Grubenholz von 3000 auf 20 000 Mark, für Grobbleche von 18 000 auf 128 000 Mark, für Grubenhölzern von 15 000 auf 102 000 Mark erhöht. Diese wenigen Beispiele zeigen, wodurch die Preissteigerung bei der Kohle angebracht wird, wenn die Werke fürberähig bleiben und die Betriebskosten im Interesse der Bergleute aufrechterhalten werden solle. Sie zeigen aber auch der Öffentlichkeit, wie falsch es ist, immer wieder zu behaupten, die Lohnsteigerungen seien Schuld an der hohen Kohlenpreisen. Umgekehrt liegen die Dinge: die Preise steigen so rasch, daß keine Lohnsteigerung imstande ist, sie jemals einzuholen. Von dem Vergarbeiter wird eine Steigerung der Produktion gefordert, in der Kohle liegt die Kraft, die unser Wirtschaftsleben aufrechterhält. Wenn der Anteil der Vergarbeiter an den von ihnen geschaffenen Werten immer mehr sinkt, dann muß auch ihre Arbeitskraft, damit ihre Hochleistung und die Produktivität unserer ganzen Wirtschaft sinken.

### Der Streik in Düsseldorf.

Die Nacht ist ruhig verlaufen. Gestern abend beschloßen die Gewerkschaften in Gemeinschaft mit den Betriebsräten den Kampf weiter zu führen, seine Leitung aber in die Hände der Gewerkschaften zu legen. Der Generalstreik wird abgelehnt, die noch in den Betrieben befindlichen Arbeiter bleiben auf ihren Arbeitsplätzen. Zur Beilegung des Streiks wird eine Kommission aus den Gewerkschaften gebildet. Heute vormittag findet die erste Sitzung dieser Kommission statt; ob die Arbeitgeber daran teilnehmen, erscheint fraglich. Der Magistrat, der Vergleichsverhandlungen anstreift, hofft, daß es gelingt, die Arbeitgeber an den Verhandlungen teil zu bringen.

70 Düsseldorf Arbeiter haben sich nach Rülheim begeben und den ergebnislosen Versuch unternommen, das Rülheim-Bergwerk zu besetzen.

In Gilden bei Düsseldorf ist ebenfalls ein Streik ausgedehnt. Die Ruhe wurde aber nicht gestört.

Gestern abend fanden in Essen zwischen den drei Metallarbeiterverbänden und dem Unternehmerverband Verhandlungen zur Beilegung des Streiks im rheinischen Industriebezirk statt. Es kam eine Einigung auf folgender Grundlage zustande:

Zu den in der ersten Novemberhälfte erreichten Gesamtverdiensten einen Zuschlag von 58 Prozent für alle Arbeiter über 21 Jahre; über 20 Jahre 55 Prozent, über 18 Jahre 50 Prozent und unter 18 Jahren 45 Prozent. Das Kindergeld wurde erhöht auf 60 Mark pro Kind und Schicht. Das Hausstandsgeld wurde auf 60 Mark pro Schicht erhöht.

Eine Funktionärsversammlung, die gestern abend in Düsseldorf tagte, lehnte darauf gegen drei Stimmen die Proklamierung des Generalstreiks ab.

### Noch keine Verhandlungen über die Teuerungssaktion anberaumt.

Die Mütter hören, die Tatsache, daß bisher eine Einladung an die Spitzenorganisationen der Beamten und Arbeiter zu Verhandlungen über die Teuerungssaktion vom Reichsfinanzministerium noch nicht ergangen ist, und daß der Rücktritt des Kabinetts Wirth die Möglichkeit einer Verzögerung der Teuerungssaktion in sich schließt, wird die Organisationen veranlassen, auf Beschleunigung der Teuerungssaktion zu drängen.

## Aus Schlefien.

### Vom schlesischen Arbeitsmarkt.

#### Weitere Verschlechterung der Lage.

Das schlesische Landesarbeitsamt sendet uns folgenden Wochenbericht:

Auch in der Berichtswoche setzte sich die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage fort. Die Zahl der Arbeitslosen ist bei einem Rückgang der gemeldeten offenen Stellen nicht unwesentlich gestiegen; ebenso hat die Zahl der Erwerbslosenunterstützungsempfänger um etwa 200 zugenommen.

In der Landwirtschaft bestand starkes Angebot an arbeitssuchenden Deputationsfamilien, während der Nachfrage nach Feldern, namentlich weiblichen Arbeitskräften für das Wirtschaftsjahr 1923 bei weitem nicht genügt werden konnte. Der Bedarf an Arbeitskräften für die Hackfruchtente konnte gedeckt werden.

Im Bergbau war die Arbeitsmarktlage unverändert ruhig. Die Dachsteinwerke Kunitz-Weiß, Kreis Liegnitz, mußten einen Teil ihrer Leute entlassen; ebenso fanden weitere Entlassungen aus den wenigen noch in Betrieb befindlichen Ziegelleien statt. Betriebsbeschränkungen mußte das Marmorwerk Tusch in Oberpeilau, Kreis Reichenbach, mangels Aufträge vornehmen.

Auch in der keramischen Industrie machen sich Anzeichen einer weiteren Verschlechterung der Arbeitsmarktlage bemerkbar. So entließ die Firma Gebhardt & Pohl, Porzellanfabrik, auch in ihren Betrieben in Hallesch etwa 37 Arbeitnehmer, bei ihren Werken in Schmiedeberg weitere 131, in Erdmannsdorf 74 Arbeitskräfte.

In der Metallindustrie machen sich ebenfalls Zeichen der Verschlechterung der Arbeitsmarktlage, namentlich bei den Provinzwerken, bemerkbar; so in Bunzlau, Landeshut, Lauban und Liegnitz, wo bereits zum größten Teil verfügt gearbeitet wird. Dagegen ist die Metallindustrie im Hirschberger und Gagnauer Kreise, in dem die dortigen Raubtierfabriken zum Teil mit Überstunden arbeiten noch gut beschäftigt.

In der Textilindustrie ist die Arbeitsmarktlage wenig verändert, jedoch ausichtsreicher als vor kurzem. Im Reichenbacher Bezirk waren weitere Verkürzungen in der Arbeitszeit nicht eingetreten, auch sind dort Entlassungen vorläufig nicht zu erwarten. Im Hirschberger Bezirk ist der Beschäftigungsgrad zurzeit noch günstig, auch im Liegnitzer Bezirk, wo die Jantastie, Strick- und Wirkwarenfabrik Schlotmann & Co. und die Triumphstrickeri Werner mit Überstunden arbeiten. Jedoch wird mit einem Umhangung in etwa 4 bis 6 Wochen in Liegnitz gerächnet. Im Gagnauer Bezirk fanden verschiedene Entlassungen, sowie Arbeitszeitverkürzungen statt. So arbeitet die Firma Gottschalk Zimmer, mechanische Weberei in Lauban, von nächster Woche ab nur noch fünf Tage wöchentlich; ebenso hat die Firma Wirth Reimann, mechanische Weberei in Lauban, Arbeitszeitverkürzungen vornehmen müssen. Zur Entlassung kamen verschiedene Arbeiter bei den Bleich- und Appreturanstalten in Lauban.

In der Papierindustrie sind die Betriebe im Hirschberger Bezirk noch gut beschäftigt; dagegen fanden mehrere Betriebsbeschränkungen in der papiererwerbenden Industrie statt. Mit Überstunden arbeitet die Leberhandelsfabrik Alexander in Liegnitz. Im übrigen ist der Beschäftigungsgrad in der Lederindustrie wenig verändert.

Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe zeigte sich in der Berichtswoche deutlich ein Umhangung zum Schlechteren. Fast aus sämtlichen Bezirken wird von Entlassungen, wenn auch vorläufig noch in geringem Umfang, und von Betriebsbeschränkungen berichtet, so aus Breslau, wo vertriebene Möbelarbeiten eine Anzahl Arbeitskräfte zur Entlassung brachten, aus Liegnitz, Gagnau, Löwenberg, Habelschwerdt und Glogau, wo Arbeitszeitverkürzungen stattfanden. Gut beschäftigt sind dagegen die Möbelbetriebe noch im Oelser, Hirschberger und Tauerischen Kreise. Der Betrieb der Wappen- und Holzstoff-Fabrik, sowie die Wappenindustrie Friedeberg a. O. werden demnächst Einschränkungen und auch Entlassungen vornehmen.

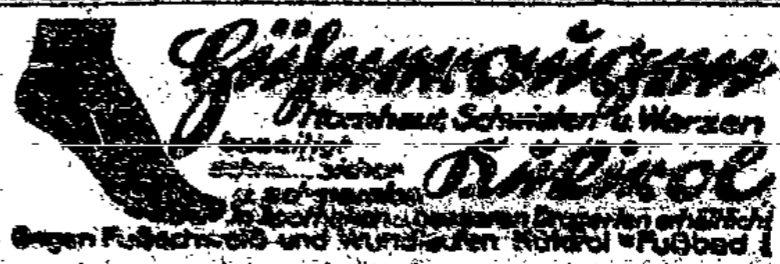
Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe ist die Arbeitsmarktlage unverändert ungünstig; namentlich die Tabakindustrie meldet Betriebsbeschränkungen und Entlassungen (Lauban, Breslau, Liegnitz, Grottk).

Im Bekleidungs- und Schuhgewerbe fanden weitere Betriebsbeschränkungen in der Schuhindustrie statt (Weiß), in der Hutindustrie (Breslau), wo Entlassungen und Arbeitszeitverkürzungen vorgenommen werden mußten; dagegen werden Maß- und Konfektionsbetriebe noch weiterhin benötigt. Im Streik befinden sich die Arbeiterkräfte der Haarnetzfabrik Döhlitz & Braun-Breslau.

Im Baugeverbe fanden, der Jahreszeit entsprechend, weitere Entlassungen statt, ebenso im Verfertigungsgewerbe, wo die Gagnauer Zeitung“ verfügt arbeitet und die Steinbrückerlei der Firma Goldammer in Lauban Entlassungen und Arbeitszeitverkürzungen vornehmen mußte.

Im Handelsgewerbe machen sich am deutlichsten die Zeichen der unklarer Wirtschaftslage bemerkbar. So haben eine ganze Anzahl Firmen in Breslau, Liegnitz und Grottk Arbeitszeitverkürzungen eingeführt, zum Teil auch bereits Entlassungen vorgenommen. Auch durch die Entlassungen von Angestellten bei Behörden wird die Lage weiterhin hart verschlechtert. So fanden größere Entlassungen von Angestellten bei den Sanitätsverwaltungsämtern Breslau und Liegnitz statt (mehrere hundert Angestellte); gleichfalls entließen mehrere Versorgungsämter Angestellte (Krausitz, Breslau, Liegnitz). Vielfach sind die von älteren, verheirateten Kräften betroffen, deren Unterbringung zurzeit unmöglich ist.

Im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe nahm die Zahl der arbeitslosen Kräfte, sowohl weiblicher als auch männlicher, stark zu. Günstiger war das Angebot an Arbeitskräften für die häuslichen Dienste.



# Führende Häuser des Breslauer Großhandels (2. Fortsetzung)

## ERNST SPRUNG

Herrenhut-Großhandlung  
Telephon Ring Nr. 9045 BRESLAU Kaiser-Wilhelm-Straße 32

## Louis Silberstein

Breslau 3, Freiburger Straße Nr. 36  
Stroh- und Filzhutfabrik

## Siegmund Blaschke

Leder-Großhandlung Breslau 7, Hofenstr. 84 Telephon Ring 2537 und 5993

## Maschler & Klarenmeyer

Pelzwaren — Sportpelze — Damenpelze — Pelz-Kragen und Muffen — Pelzbesätze  
Breslau 1, Karlstraße 32 • Telephon Amt Ring Nr. 10560



**Richard Busch & Co., G. m. b. H.**  
Breslau III, Freiburger Straße 22, Fernsprecher Ring 11696  
„LIGA“-Gummi-Sohlen, Gummi-Absätze

## Goldner & Altmann

Breslau Berlin  
Karlstraße 36 Kaiser-Wilhelm Straße 44  
Tücher / Wollwaren  
Decken / Trikotagen  
Engros Export

## Schlesische Ein- u. Verkaufs-Gesellschaft für Fleischerei-Produkte m. b. H.

Darm Taig Gewürze  
Telephon Ring 1179 BRESLAU 6 Nikolaistadtgraben 18

## Sandberg, Schottlaender & Co.

Herren- und Knaben-Kleider-Fabrik  
Telephon Ring 2529 BRESLAU Graupenstraße 2/4

## Arnold Weiß

Strumpfwaren Trikotagen Seidenbänder  
Fernsprecher: Ohle 6268 Breslau 1 Schweidnitzer Straße 43b

## Gebr. Lippmann & Cohn • Breslau

Herrenkleider-Fabrik • Tuchgroßhandlung  
Karlstraße Nr. 80 Telephon Ring 2540

## Abramsohn & Lippstädt

Herrenkleiderfabrik

BRESLAU I  
Reuschestraße 20/21  
Fernsprecher Ring 9018 : Telegramm-Adr.: Alib

## Jedes Buch und alle Zeitschriften

besorgt die

## Volkswacht-Buchhandlung

Breslau 3, Neue Graupenstraße 5

## Julius Löwy, Breslau I

Stroh- und Filzhut-Fabrik

BRESLAU I  
Reuschestraße 47/48 : Fernsprecher 10767

## Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan

Abfahrt Oderfor-Bahnhof		Ankunft	
Richtung Oels.		Richtung Oels.	
Oels 430 W 622 Sonnabends	Namsian 700 Sonntags	Oels 520 W 700 524 Sonnabends	
Freyhan 520 530 535	Oels 520 W 700 524 Sonnabends	Freyhan 801 1149 1153	
Cziasnau (Lublinitz) 637 1007 903 632	Cziasnau (Lublinitz) 901 209 541 112	Militzsch 1021 Sonnabends	
Militzsch Sonnabends 515	Rosenberg 757 821	Rosenberg 757 821	
Kreuzburg 1120			
Rosenberg 1957 615 *			
Vorortzug:		Vorortzug:	
Hundsfeld 125 W an Schultagen 351 W	Hundsfeld 615 W 310 W an Schultagen 454 W		
Richtung Trebnitz.		Richtung Trebnitz.	
645 1143 700 1120	630 905 150 933		
Richtung Laskowitz - Beckern über Schottwitz	Richtung Laskowitz - Beckern über Schottwitz		
433 220 715	730 582 1043		
Abfahrt Kleinbahn		Ankunft	
Breslau - Trebnitz - Prausnitz.	Prausnitz - Trebnitz.		
Prausnitz 710 622	Hochkirch 650		
Hochkirch 1045	Prausnitz 827 610		
Trebnitz 200 1120 Mittw., Somt. u. Festtags	Trebnitz 125 1023 Mittwoch, Sonntags und Festtags.		
Wiese Sonntags 385			

\* Beschleunigter Personenzug 2.-4. Klasse.

Reserviert

für  
B. Perl junior, Nachfolger

Für Massenaufgaben von Drucksachen

## Rotationsdruck

größte 6-seitige Maschine im Osten

## Volkswacht-Buchdruckerei

Breslau 2, Flurstraße 4-6

## Goldstein & Aronsohn

Fabrikation von Blusen und Kleidern

BRESLAU I  
Telephon Amt Ring 8784  
Schweidnitzer Straße Nr. 48b, Eingang Hummerel

## M. Berger & Co.

Strumpfwaren - Ausrüstung

Chemnitz Köln Bitburg (Eifel)  
Einkaufshaus Lager, Passage 33 Strickerei  
Ständiges Lager: BRESLAU, Neudorfstraße 11, Telephon Nr. 7283

## Max Cohn & Co., Breslau

Kurzwaren — Garne — Knöpfe  
Neue Weltgasse 6/10 — Fernsprecher Ring 6544 und 6545

## H. L. Günther

Gegründet 1826

Speidition — Speicherei  
Sammelverkehre  
Speicher mit Gleisanschluss  
Breslau 6, Friedrich-Wilhelm-Straße 3

## Nothmann & Jacob, Breslau

Wallstraße 11 — Nikolaistraße 10/11 — Fernsprecher Ring 2868  
Haus- und Küchengeräte-Großhandlung — Glas — Porzellan — Steingutwaren

## Wäschefabrik Silesia

Fritz und Georg Kinski, Breslau, Teichstraße 24 (in der Nähe der Gartenstraße)  
Sport- und Oberhemden nur eigener Fabrikation

## H. Windmüller

Breslau I Schloßhale 11  
Telephon Ring 3327 Gegründet 1874

Spezialgeschäft  
für Sattler- und Wagenbesitzer

## Heimann & Seidenberg

Herren- und Knaben-Kleider-Fabrik  
Telephon Ring 1807 u. 6160 Breslau 6 Graupenstraße 6/12

## J. Schlamme & Co.

Herren- und Knaben-Kleider-Fabrik  
Breslau 1 — Schweidnitzer Straße 31 — Telephon-Ring 1515 — Gegründet 1880

## Georg Brinnitzer

Herren- und Knaben-Kleider-Fabrik  
Breslau, Reuschestraße 16/17, Telephon Ring 449

## Brauer & Schwartz, Breslau

Reuschestraße 20/21 / Fernsprecher Ring 5480  
Wäsche- und Schürzen-Fabrikation

## Hermann Kalischer

Tuchgroßhandlung  
Breslau, Karlsplatz 4 — Telephon Ring 1765

## Josef Salomon • Strumpffabrik

Woll- und Trikotagen-Großhandlung  
Berlin C Breslau Apolda  
Länistr. 58/59 Dessauerstr. 1, Telephon Ring 5841 Alexanderstr. 23

## Marek & Co.

Inhaber: Theodor Marek  
BRESLAU 10, Balltelfstraße Nr. 15  
Fernsprecher: Amt Ring 5094  
Ärztliche Artikel, Verbandstoffe, Gummiwaren  
Chirurgische Instrumente, Krankenhausartikel

## Herbert Hamburger, Breslau 1

Herren-Kleiderfabrik • Tuch-Großhandlung  
Reuschestraße 47/48 Breslau 1 Reuschestraße 47/48

Reserviert

## Ball, Bromberger & Co.

Breslau 1, Schweidnitzer Straße 31 • Telephon: Amt Ohle 378  
Nosenfabrik Spezialität: Noses

## Dahlmann & Seidenberg

Breslau I, Graupenstraße 6-10  
Telephon-Ring, Kigarren- und Zigarrenfabrik

## Dunberg, Sperling & Singer

Herren- und Knaben-Kleider-Fabrik  
Schweidnitzer Straße Nr. 151b, Eingang Kapuzinerstraße 41 • Telephon Amt Ohle Nr. 1157

## Max Jacobowitz

Schuh-Leder en gros  
Freiburger Straße Nr. 94

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 16. November.

Bereinigter Sozialdemokratischer Partei.

Frauen, Parteigenossinnen, Volkswachtlerinnen!

Montag, den 20. November, abends 7 1/2 Uhr, finden in allen Stadtteilen wiederum unsere allmonatlichen

Frauen-Versammlungen

statt. Jede Frau hat sich den Abend bestimmt frei, um auf alle Fälle in eine dieser Versammlungen gehen zu können. Näheres wird noch bekanntgegeben.

Eltern-Versammlungen

für neue weltliche Schulen zu Ostern 1923

heut abend 7 1/2 Uhr bei Brüder, Gabisstraße 22.

Morgen Freitag, den 17. November, abends 7 1/2 Uhr:

für Nikolaitor-Pöpelwig bei Brüder, Pöpelwitschstraße 36,

für Dübauer Tor in der Halle der Freireligiösen Gemeinde,

Gelmsstraße 14.

Wer seine Kinder Ostern einschulen will, muß erscheinen.

Frauenleiterinnen und Stellvertreterinnen. Freitag abend

8 Uhr im Gewerkschaftshaus, I. Etage, Zimmer 11, Sitzung.

Post- und Telegraphenbeamte! Heut abend 8 Uhr Versamml.

ung im Gewerkschaftshaus, I. Etage.

District 37. Amnabend, den 18. November, District-

Versammlung. Ge. Se. Großmann hält einen Vortrag über:

Die bevorstehenden parlamentarischen Kämpfe.

Unsere District-Versammlungen.

Abgesehen von einigen wenigen der 37 Districtversammlungen, die am Montag stattfanden, war überall ein guter Besuch und großer Kampfesmut zu verzeichnen. In allen Versammlungen wurde ein Vortrag über die bevorstehenden parlamentarischen Kämpfe gehalten, der überall eine umfangreiche gründliche Aussprache auslöste. In den meisten Versammlungen wurde dabei von den Disziplinarelementen unter der Zustimmung der Versammelten die Forderung erhoben, daß die Partei für das, was kommen muß, nicht mehr die Verantwortung tragen darf, wenn es sich bei den jetzt bevorstehenden Arbeiten im Parlament und den Maßnahmen der Regierung zeigt, daß den von der Sozialdemokratie erhobenen wirtschaftspolitischen Forderungen absolut keine Rechnung getragen wird. Die Wirtschaft- und Preispolitik der bürgerlichen Parteien ist nicht nur ein Kampf gegen die Konjunktur, sondern jetzt sogar zu einer großen Gefahr für die republikanische Staatsform geworden. In mehreren Versammlungen wurden Entschlüsse angenommen, in denen der Austritt der Partei aus der Regierung und schärfster Kampf gefordert wurde. Überall aber eine bewundernswerte Kampfbereitschaft und der Wille, nötigenfalls das ganze Volk zur Entscheidung aufzurufen. Mit dem Appell, die Vorgänge im Reichstag und der Regierung mit Aufmerksamkeit zu verfolgen, kampfbereit zu sein, dauernd an der Ausbreitung der Partei und der Volkswacht zu arbeiten und unermüdet den Kampfstand der Partei zu stärken, gingen die Versammelten auseinander.

Dom Arbeiter-Bildungsausschuh.

Für die Bewohner des Odetors und der Sandorstadt findet am kommenden Sonntag, den 19. November, nachmittags 5 Uhr, in der Aula der Viktoriaschule (Wüchertstraße) eine Veranstaltung statt. Die Männerabteilung des Volkschor Breslau wird Schumannsche und Volkslieder vortragen, während Fräulein G. Schubert Violinolos zu Gehör bringen wird. Eintrittskarten zum Preise von 10 Mark sind bei der Verkehrsstation und den Bezirkskassen der zuständigen Districte zu haben, sowie vor Beginn der Veranstaltung in der Aula der Viktoriaschule.

Die Führung durch den Dom unter der Leitung des Amtshilfsleiters Bernhard Stephan findet umfänglich erst eine Woche später, also am 26. November, statt.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell.

Freitag, den 17. November, abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus unsere Delegierten-Versammlung mit wichtiger Tagesordnung statt. U. a. ein Vortrag: „Einführung in die Volkswirtschaftslehre“. Die Jugend-Abteilungen der einzelnen Gewerkschaften müssen vertreten sein. Karten zur Revolutionsfeier sind noch im Zimmer 44 (Gewerkschaftskartei) zu haben.

Die Jugend gegen den Schund.

Im Gewerkschaftshaus fand am Sonntag die Protestkundgebung der Breslauer Jugend unter starker Beteiligung von Jugend und Jugendtreibern statt. Der Leiter des Volkshilfsamtes, Genosse Eggers und Herr Professor Hoffmann (Quidhorn) betonten die Notwendigkeit des Schundkampfes, vor allem aber die positive Aufbauarbeit, die an Stelle der schlechten Unterhaltung gute wertvolle Darbietungen setzen sollte. In der Aussprache machten Jugend und Jugendfreunde praktische Vorschläge für die Aufbauarbeit, die teilweise bereits in der Wirklichkeit begriffen sind (Buchausstellung, Weihnachtsmesse). Ferner wurden zahlreiche Wünsche der Jugend laut nach Jugendheimen, mehr Lesestuben, besseren Schulbüchern usw.

Rückblick auf Kriegsbeschädigte.

Nach der Verordnung über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten vom 12. Februar 1920 find bei einer etwa notwendig werdenden Verminderung der Arbeitnehmerzahl eines Betriebes oder einer Dienststelle Kriegsbeschädigte und Kriegerehrenträger besonders zu berücksichtigen. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, bringt der Minister des Innern durch eine Verfügung an die nachgeordneten Behörden diese Vorschrift in Erinnerung und macht ihre Einhaltung in dem Sinne, daß Kriegsbeschädigte und Kriegerehrenträger möglichst erst in letzter Linie zur Entlassung kommen, allen Dienststellen zur besonderen Pflicht.

Der doppelte Preis der Fahrkarten.

Die Reichsbahndirektion Breslau teilt mit: Verschiedentlich wird von unseren Bediensteten beim Fahrkartenerwerb, besonders in den Jagen, darüber Klage geführt, daß den Reisenden das seit dem 1. d. Mts. angeordnete Verfahren, die Fahrkarten zum doppelten Betrage des auf der Karte aufgedruckten oder aufgeschriebenen Preises zu bezahlen, nicht einlanglich bekannt ist. Den Kartenerwerbern wird zuweilen sogar unrichtliche Ansicht unterworfen. Zur Behebung von Mißverständnissen wird darauf aufmerksam gemacht, daß vom 1. d. Mts. im allgemeinen alle Fahrkarten zum doppelten Betrage des aufgedruckten oder aufgeschriebenen Fahrpreises bezahlt werden. Es wird hierzu auf die besonders erlassenen und an den Schaltern angebrachten Bekanntmachungen verwiesen. Die Maßnahme war zur Durchführung der am 1. November eingetretenen 100prozentigen Erhöhung der Personenzuschläge erforderlich. Die Beamten des Fahrkartenerwerbs, insbesondere also auch das Zugpersonal, handeln pflichtgemäß, wenn sie gegenüber dem auf der Fahrkarte verzeichneten Preise den doppelten Betrag erheben. Es wird nur dieses Hinweisenswert, daß die Beamten vor ungerechtfertigten Vorwürfen der Reisenden zu schützen.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse im Jahre 1921.

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse hat wiederum einen gedruckten Bericht über das Jahr 1921 herausgegeben. Der Inhalt ist überaus interessant und übersichtlich geordnet. Besonders hervorzuheben ist das statistische Material, dessen Bearbeitung der Kasse besondere Ehre macht. Die Zahlen, die aus der Statistik entnommen werden können, sind überaus lehrreich. Wir erfahren zum Beispiel, daß in Breslau neben der Allgemeinen Ortskrankenkasse noch verschiedene Betriebskrankenkassen bestehen, die am 31. Dezember 1921: 89 890 männliche und 86 714 weibliche, zusammen also 176 604 Mitglieder, aufwiesen.

Dagegen sind bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse allein versichert: 63 700 männliche und 80 059 weibliche, zusammen also 143 849 Mitglieder. Also sind 81,4 Prozent aller Versicherten bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Breslau.

Wenn wir nun die Gesamtzahl der Versicherten der Einwohnerzahl der Stadt Breslau gegenüberstellen, ergibt sich, daß 35,7 Prozent aller männlichen und 28,5 Prozent aller weiblichen Einwohner einer Krankenkasse als Mitglieder angehören.

Der Kassenvorstand klagt darüber, daß man mit der Einführung der freien Arztwahl schlechte Erfahrungen gemacht habe. Die vorher bestandene beschränkte freie Arztwahl hatte sich für beide Teile, für die Kasse sowie für die Versicherten, recht gut bewährt. Unter dem früheren Regime hatte die Kasse 123 praktische und etwa 140 Hausärzte den Erkrankten zur Verfügung stellen können. Auf das Drängen der Ärzte, wurde auch eines großen Teiles der Versicherten, wurde die freie Arztwahl eingeführt. Den Versicherten stehen jetzt 440 Ärzte zur Auswahl zur Verfügung. Dieser Zustand bedeutet aber für die Kasse eine außerordentliche Belastung.

Zunächst erfolgte die Bezahlung der Ärzte nach einem Pauschalatz von 31 Mark pro Mitglied und Jahr. Die Behandlung der Familien-Angehörigen wurde extra nach Einzelleistungen honoriert. Infolge der zunehmenden Leerung wurde das Honorar im dritten und vierten Quartal erhöht. Es beträgt jetzt der Pauschalatz 50 Mark pro Mitglied. Für Krankenbehandlung durch approbierte Ärzte, Zahnärzte und andere Heilpersonen hatte die Kasse im Jahre 1921 die Summe von 7 158 800 Mark ausbezahlen müssen. Das sind die Kosten.

Nun kommt noch eine weitere außerordentliche Belastung hinzu. Es hat sich nämlich die Zahl der arbeitsunfähig geschiedenen Kranken ungeheuer vermehrt. Hatten wir im Jahre 1920 nur 65 078 arbeitsunfähige Kranke, die 1 577 577 Krankentage krank geschieden waren, so ist diese Zahl im Jahre 1921 auf 73 891 arbeitsunfähige Kranke mit 1 760 325 Krankentagen angewachsen. Eine weitere unangenehme Begleiterscheinung der freien Arztwahl ist das Anwachsen der Zahl der verordneten Rezepte. Betrag im Jahre 1920 die Zahl der Rezepte 414 732, so ist sie im Jahre 1921 auf 657 653 angewachsen. Mit Recht führt deshalb der Bericht aus, daß nur dann die freie Arztwahl für die Kasse erträglich ist, wenn alle Ärzte restlos auch im Interesse der Kasse arbeiten.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse, sowie auch alle anderen Krankenkassen leiden unter den sich fortwährend ändernden Gesetzen. Die steigende Geldentwertung hat eine in kurzen Zwischenräumen wiederholt notwendig gewordene Erhöhung der Grundumlage und Beiträge zur Folge. Damit ist die zu überwindende Arbeit der An-, Um- und Ummeldungen der Mitglieder in den verschiedenen Grundlohnklassen gewachsen. Wir entnehmen aus der Statistik, daß im Jahre 1921 rund 465 000 An-, Um- und Ummeldungen bewerkstelligt werden mußten. Diese unruhige Bewegung hält an. Im Monat Januar 1922 sind schon 78 558, im Monat Juli 1922 bereits 85 818 An-, Um- und Ummeldungen erfolgt. Nur der kann die Arbeit ermaßen, die in diesen Zahlen verborgen ist, der praktisch in diesen Dingen arbeitet.

Erfreulicherweise konnte der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse die Kassenleistungen vom 30. Mai 1921 an erhöhen. Es wurde das Krankengeld von 55 Hundertteil auf 60 Hundertteil des Grundlohnes festgesetzt, die Familienhilfe wurde von 13 auf 26 Wochen ausgedehnt und hierbei auch Eltern und Geschwister mit aufgenommen.

Es wurde beschlossen, im Todesfall für die Ehegatten und Kinder ein Sterbegeld zu zahlen.

Die große Zahl der arbeitsunfähig Erkrankten machte den Ausbau der Nachuntersuchungsstelle notwendig. Es liegt durchaus im Interesse aller Versicherten, daß genügende Kontrollmaßnahmen eingeführt werden, um die Kasse vor der Ausbeutung von ausgesprochenen Simulanten zu schützen. Das wird um so notwendiger, je höher die Kassenleistungen werden. Ein langgehegter Wunsch der Kassenleitung ist es, eine eigene Zahnklinik und ein eigenes Krankenhaus zu besitzen. Bis jetzt ist die Errichtung eines eigenen Röntgen- und Lichtbehandlungsinstitutes durchgeföhrt worden. Wenn man bedenkt, daß die Kasse im Jahre 1921 für Röntgen- und Höhenröntgenbestrahlung an die Ärzte allein die Summe von 205 213 Mark zahlen mußte, so kann mit Sicherheit angenommen werden, daß durch die Errichtung des eigenen Röntgenlaboratoriums dieser Ausgabeposten sich wesentlich verringern wird. Der Bericht stellt mit Bedauern fest, daß die Erweiterung eines eigenen Krankenhauses vorläufig noch zurückgestellt werden mußte, weil der Ausschuh seine Zustimmung versagte und weil insbesondere von den Innungen Stellung gegen die Beschlüsse des Vorstandes genommen wurde.

Die Kosten der Krankenhausbehandlung gehen erschreckend in die Höhe. Die Statistik stellt fest, daß Krankenhausbehandlung im Jahre 1921 in 10 298 Fällen notwendig war. Die Kranken im Krankenhaus wurden 283 529 Tage verpflegt. Dafür mußte die Summe von 7 371 039 Mark aufgewandt werden. Diese Krankenhauskosten werden sich im Jahre 1922 voraussichtlich verdreifachen.

An Krankengeld hatte die Kasse im Jahre 1921 die Summe von 14 261 963 Mark zu zahlen. An Arznei und Heilmitteln aus Apotheken die Summe von 3 709 000 Mark rund und für sonstige Heilmittel die Summe von 1 308 000 Mark rund.

Interessant ist, was auf Grund des Gesetzes der Wochenlohn für die Wöchnerinnen geleistet werden mußte. Es erhielten 3231 Wöchnerinnen, die Kassenmitglieder waren, an Entbindungsgeld 222 485 Mark, an Wochengeld 1 680 845 Mark, an Beihilfe für Hebammendienste 259 Mark, an Stillgeld 674 558 Mark. Ferner wurden an Familienangehörige der Versicherten in 2278 Fällen 160 200 Mark Entbindungskosten, 322 751 Mark Wochengeld, 135 Mark Beihilfe für Hebammendienste und 130 700 Mark an Stillgeld bezahlt. Die Gesamtsumme für Unterstützung von Familienangehörigen betrug 613 786 Mark, wovon das Reich die Hälfte der Krankenkasse zurückerstattet. Außerdem hat die Kasse an 480 minderbemittelte Wöchnerinnen die Gesamtsumme von 138 061 Mark zu zahlen, ein Betrag, der in voller Höhe der zurückerstatteten hätte. Zu beachten ist die Zahl von 829 Fehlgeburten und 7 Frühgeburten.

Ein weiterer, sehr wichtiger und sehr bedeutungsvoller Mehrleistung der Krankenkasse ist die Gewährung der Familienhilfe. Im Jahre 1921 wurden ärztlich behandelt: 16 628 Ehefrauen, 12 381 Söhne und 13 545 Töchter der Kassenmitglieder.

Die Kosten beliefen sich auf 1 153 351,91 Mark.

Hoffen wir, daß durch die steigende Geldentwertung die Kasse nicht Gefahr läuft, diesen edlen Zweig der Kassenleistung zu beilegen; dazu bedarf es aber der gewissenhaften Durchführung der Anmeldung der Mitglieder in die richtigen Beitragsklassen. Durch die käumige Ummeldung oder nicht richtige Anmeldung der Versicherten nach der Höhe ihres wirklichen Arbeitsverdienstes gehen der Krankenkasse Hunderttausende an rückständigen Beiträgen verloren. Besonders bei den Hausangestellten liegen sich hierüber interessante Feststellungen machen.

Es wären noch manche interessante Angaben festzustellen, doch läßt der Raum der Zeitung nicht zu, darüber zu schreiben. Was in allem genommen, muß aber festgestellt werden, daß sowohl die Kassenleitung, wie die Angestellten ihre Pflicht gewissenhaft ausgeübt haben. Der Jahresbericht an sich stellt eine fleißige Arbeit dar, namentlich muß die sauber und übersichtlich geführte Statistik besonders lobend hervorgehoben werden.

Hoffen und wünschen wir, daß sich nicht nur die Allgemeine Ortskrankenkasse in Breslau, sondern alle Kassengebilde sich über die schwere Zeit hinwegbringen, damit die große Zahl der Versicherten nicht Schaden erleide. Dazu muß aber der Gesetzgeber mit eingreifen, wenn das Werk bestehen soll.

u. v.

Zur Gastwirtsversammlung

schreibt uns der erwähnte Gastwirt Heider: Seine Ausführungen seien von unserer Vertreterschaft mißverstanden worden. Nicht gegen den Oberpräsidenten, den Volkzeitungspräsidenten oder gar den Minister habe er sich so scharf gewandt, sondern gegen die Verordnung des Monopolamts bezüglich des 35prozentigen Kornes. Dort liege die Ursache so vieler Kränkungen, für die man die Gastwirte kräft. und dort müße, so habe er gesagt, „ein Hornvieh sitzen“. Die Verordnung des Oberpräsidenten halte er für gut gemeint, aber für abänderungsbedürftig.

Was uns hier geschrieben wird, steht mit unserem Bericht nicht im Widerspruch, denn es wurde dort nur gesagt, Gastwirt Heider habe „die Behörde als Hornvieh bezeichnet“. Aber wir stellen gern fest, wie es wirklich gemeint war.

Für die Beförderung mit den öffentlichen Krankenwagen werden gegenwärtig folgende Gebühren erhoben: Für die Beförderung innerhalb des Stadtkreises: für einen Breslauer Einwohner 1200 Mark, für einen Fremden 1400 Mark, für das Mitfahren eines Angehörigen 150 Mt.; für die Beförderung von außerhalb der Stadt und umgekehrt: als Grundgebühr 350 Mark, für jeden Fahrkilometer der Hin- und Rückfahrt 200 Mark, für jeden Fahrer und jeden Krankenwagenbegleiter für die Stunde 60 Mark, für einen Angehörigen 300 Mark. Ausländer haben das fünffache der vorstehenden Sätze zu zahlen.

Die Christ-Verke möchten der Ordnung halber mitgeteilt haben, daß ihr Brot leider auch nicht mehr so billig ist, wie es in unserem Marktbericht vom Montag noch angegeben war, denn schon am Sonnabend habe der Preis auf 340 Mark festgesetzt werden müssen. Und auch dieser Preis werde bei den behauerlichen Zuständen möglicherweise bald eine Erhöhung erfahren müssen.

Aufhebung der Hundesteuer. Die über den Stadtbreis Breslau verhängte Hundesteuer hebt der Polizeipräsident unterm 14. November auf. Biffige Hunde müssen aber gemäß Polizeiverordnung vom 3. Mai 1917 nach wie vor auf öffentlichen Straßen oder an Orten, an denen Menschen verkehren, mit einem über die Schnauze des Hundes hinausreichenden, das Beißen verhindernden Maulkorb versehen werden. Ferner sind laut § 68 der Straßenpolizeiverordnung vom 30. Juni 1913 auf den inneren Promenaden der Stadt, sowie in allen öffentlichen Gärten und Parkanlagen sämtliche Hunde an einer kurzen Leine zu führen.

Kaufkraft Am Schalter 9 des Postamts 1 ist am 13. November beim Verkauf von Einkommen- und Vermögenssteuer ein Markbetrag von rund 140 800 Mark aufgetreten. Da der betreffende Schalterbeamte für den Markbetrag rechenschaftlich ist, wird derjenige, der Karten irtümlich ohne Bezahlung aber in doppelter Anzahl erhalten hat, gebeten, den Betrag beim Postamt 1 in der Auskunftsstelle abzuliefern.

Wäntlicher Wetterbericht. Der höchste Luftdruck liegt mit über 780 mm Höhe über Island, eine tiefe Depression zieht im

hohen Norden, einen Ausläufer südwärts entsendend, der in Ostdeutschland Niederschläge verursacht. Am Donnerstag ist mit aufheiterndem, mildem Wetter bei meist schwachem, westlichen Winde zu rechnen.

Ueber den Herausforderungs-Ringkampf Hirse-Saki am kommenden Sonntag nachmittags 3 Uhr im Zeitgarten und über den Vorverkauf siehe Infomat in heutiger Nummer.

Gefunden. Nach der gestrigen Veranstaltung des Bildungsausschusses wurde ein Portemonnaie mit Inhalt gefunden. Abzuholen im Zimmer 44 des Gewerkschaftshauses.

Advertisement for Gustin. It features a large stylized logo 'Gustin' with a question mark. Text includes: 'Gustin ist ein sehr feiner Speisestärke-Puder, der in keiner Küche fehlen darf, um Milch, Früchte, Suppen, Saucen, Gemüse, Fette usw. sämig zu machen oder zu verdicken.' Below the logo, it lists: 'Mit Gustin bereitet man Puddings, Cremes, Suppen, Saucen, Kuchen, Torten, Milch- u. Frucht-Flammkuchen, ideale Kinderpeisen, Krankenspeisen aller Art.' At the bottom, it says: 'Ein Versuch wird jede Hausfrau belohnen.' and 'Recepte unsonst in den meisten Geschäften. Wenn nicht zu haben, schreibt man eine Postkarte an Dr. A. Oetker, Bielefeld.'

